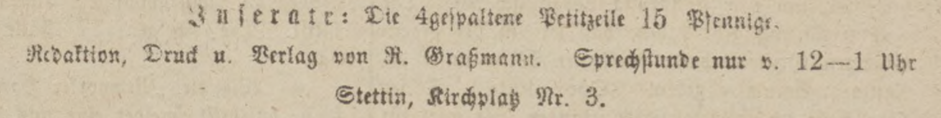
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunde nur v. 12—1 Uhr Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 29. Mai 1880. Nr. 246.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat Juni für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom 28. Mai.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: Kultusminister von Puttkamer.

Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Tagesordnung:

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze.

Zur Einleitung der Debatte erhält das Wort Kultusminister v. Puttkamer: Meine Herren, indem ich mich anschicke, den vorliegenden Gesetzentwurf der wohlwollenden Beurtheilung des Hauses und dem erleuchteten Patriotismus eines jeden einzelnen Mitgliedes zu empfehlen, bitte ich um die Erlaubniß, meinem einleitenden Vortrage zunächst einige Bemerkungen vorausschicken zu dürfen über die Methode, welche ich bei demselben zu befolgen gedenke. Dieser Entwurf hat von dem ersten Tage seiner Veröffentlichung an die lebhafteste Theilnahme in den weitesten Kreisen gefunden, und die Besprechung desselben ist in den Organen aller Parteirichtungen eine überaus lebhafte gewesen, so daß es fast den Anschein haben möchte, als sei die Diskussion darüber bereits erschöpft. Unter diesen Umständen ist es für mich sehr schwer, der Versuchung zu widerstehen, in die Beleuchtung der vielfachen Einwände hineinzutreten, welche der Gesetzentwurf hervorgerufen hat. Ich halte es indeß im Interesse der Sache für gerathener, mich vorläufig erläuternd und referirend zu verhalten. Ich werde mir erlauben, Ihnen in aller Kürze die Umstände darzulegen, aus denen dieser Gesetzentwurf entstanden ist, die Triebfeder, auf welcher er beruht, die Ziele, welche er anstrebt, und die Mittel und Wege, wie diese Ziele zu erreichen sind. Nachdem die diplomatischen Aktenstücke veröffentlicht sind, wird mein Vortrag allerdings einen blassen, nüchternen Charakter annehmen. Die Vorlage hat ausschließlich den Zweck, die Beseitigung des Nothstandes unserer katholischen Mitbürger und die Wiederherstellung des inneren Friedens zu ermöglichen. Der Minister legt kurz den Gang der Verhandlungen dar von Kissingen, Gastein und Wien und betont, daß dieselben lediglich den Charakter von Besprechungen gehabt haben, und daß die Regierung vom ersten Augenblicke an keinen Zweifel darüber habe aufkommen lassen, daß die durch die Gesetzgebung der Jahre 1873—75 gezogene Grenzlinie nicht überschritten werden könne. (Hört!) Die Besprechungen hielten sich demgemäß nur beschränkt auf die Möglichkeit der Beseitigung bestehender Differenzpunkte. Die kommissarischen Berathungen in Wien hätten theils über Prinzipienfragen allgemeiner Natur, theils über einzelne Bestimmungen der Maigesetze stattgefunden. Man habe Paragraph für Paragraph gemeinsam durchgesprochen, inwieweit sie in kirchlicher Auffassung acceptabel seien, und inwieweit von Seiten des Staates Konzessionen in einzelnen Punkten gemacht werden können. Hierbei habe sich herausgestellt erstens dasjenige, was ja durch die Jahrhunderte zur historischen Thatsache geworden, nämlich daß für Staat und Kirche ein gemeinsamer Rechtsboden überhaupt nicht vorhanden ist, und daß die Staatsgesetzgebung, welche diese Materie zu regeln unternimmt, niemals auf eine Verständigung mit der Kurie zu rechnen hat. Die einzige Verständigung sei die Herstellung eines modus vivendi, damit die Kirche ihre hohe Aufgabe erfüllen kann. Die Besprechungen hätten der Regierung die Enttäuschung gebracht, daß in dieser friedlichen Erörterung diejenigen Gesichtspunkte nicht zu finden, welche einen thatsächlichen modus vivendi ermöglichen. Der Redner hebt nunmehr diejenigen Punkte hervor, welche es unmöglich gemacht, den Boden zu finden, von welchem aus eine organische Revision der Maigesetze hätte vorgenommen werden können. Die Kurie habe allen Forderungen der Regierung, obgleich diese bis an die äußerste Grenze des Nachgebens gegangen, ein non possumus entgegengestellt. Die Regierung würde eine Thorheit und eine Schwäche begangen haben, wenn sie ihrerseits eine so wirksame Waffe, wie die Maigesetzgebung, aus der Hand gegeben, ohne dafür andererseits etwas einzutauschen. Der Gedanke, der in der Vorlage seinen Ausdruck gefunden, sei der Regierung geradezu aufgedrängt worden. Dieser Gedanke schließe sich an das bekannte österreichische System der kirchenpolitischen Verhältnisse, ein System, welches ganz ausschließlich eine Verwaltungs-Gesetzgebung enthält. Weiter verweist Redner auf das bekannte päpstliche Breve vom 24. Februar d. J., das selbstverständlich einen günstigen Eindruck machen mußte. Die Antwort auf dasselbe sei der bekannte Staatsministerial-Beschluß. Die Regierung habe praktische Thaten auf jenes Breve erwarten dürfen. Dem habe die Kurie nicht entsprochen. Der Minister verliest die Depesche des päpstlichen Staatssekretärs Nina an den Pronuntius Jacobini, auf welche in dem Bericht des Prinzen Reuß Bezug genommen wird, und in welcher dem Breve die Bedeutung gegeben wird, daß an letzter Stelle der Papst allein über die Anstellung eines Kuratgeistlichen zu entscheiden habe; es solle jene Anzeige durchaus nicht als eine Konzession an die Regierung betrachtet werden. Für die Regierung sei mit diesem Augenblicke die Krisis eingetreten, sie habe sich fragen müssen, was nun geschehen solle. Er erkenne an, daß der Papst sich in einer günstigeren Lage befinde als der Staat. Für die Kurie sei der preußische kirchenpolitische Kampf eine Phase in dem Kampfe um die Weltherrschaft; sie könne abwarten, sie könne den Nothstand von Millionen eine Zeit lang unterordnen den obersten Gesichtspunkten der vatikanischen Politik; der Staat dürfe sich auf diesen Standpunkt nicht stellen. Die Regierung habe nicht blos eine politisch-konstitutionelle, sie habe auch eine schwere moralisch-patriotische Verantwortlichkeit; sie habe die Pflicht, ihren katholischen Mitbürgern aus ihrem geistlichen Nothstande herauszuhelfen. Dieser Nothstand sei unzweifelhaft vorhanden. Von den 12 Diözesen hätten nur noch 4 eine oberhirtliche Leitung. Die Domkapitel veröden und etwa der fünfte Theil der Pfarreien sei vakant. Die Lehrstühle der katholischen Fakultäten zeigten große Lücken, der Religionsunterricht selbst könne nur noch vereinzelt ertheilt werden. Die Regierung wisse sich allerdings von jeder Verantwortlichkeit für diese Zustände frei, die Verantwortung dafür ruhe auf der anderen Seite, aber sie halte sich doch moralisch verpflichtet, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Diejenigen, welche glaubten, die Regierung werde nach dieser Haltung der Kurie die Vorlage zurückziehen, hätten von der Selbstständigkeit eines großen Staates eigene Begriffe. Unsere gesetzgeberische Arbeit sei hieran nicht gebunden. Die Regierung verlange und erwarte von der Kurie keine Konzessionen, sondern nur eine weise Erwägung, um aus den bestehenden Zuständen herauszukommen. Redner geht darauf sehr ausführlich auf die Vorlage selbst ein und kommt zu dem Schluß, daß die Regierung bereit sei, in die sorgfältigste gemeinschaftliche Erwägung der gegen die Vorlage erhobenen Bedenken einzutreten. Sie hoffe auf die Annahme wenigstens des Kerns der Vorlage im Interesse des kirchlichen Friedens. Die Regierung möchte nicht vor der Geschichte die Verantwortlichkeit übernehmen, irgend etwas unterlassen zu haben, was unter Wahrung der Würde des Staates geschehen kann, um den inneren Frieden wiederherzustellen, dessen unser Vaterland so dringend bedarf. (Bravo rechts.)

Auf der Rednerliste stehen 18 Redner gegen, 11 für die Vorlage eingeschrieben.

Abg. Dr. Falk konstatirt, daß der Staatsministerialbeschluß vom 17. März lediglich auf dem Standpunkte stehe, den die Staatsregierung seit vielen Jahren in diesen Dingen eingenommen habe. Die Vorlage habe diesen Standpunkt verlassen. Wo sei ein Entgegenkommen der Geistlichkeit? Wo die friedliche Gesinnung des Papstes? Alle Voraussetzungen seien unerfüllt geblieben, und dennoch diese Vorlage? Die Vorlage verlange nicht blos eine Vollmacht zur Unterlassung gewisser gesetzlicher Bestimmungen, nein, sie hebe die Grundsätze der bisherigen Gesetzgebung und einzelne Gesetze selbst auf. Damit sei der Standpunkt von früher aufgegeben worden, nämlich der Standpunkt, der immer mit den Worten betont wurde: erst müsse die Kurie Garantien dafür geben, daß sie den Frieden wirklich wolle. Welche Gründe hätten nun die Staatsregierung ernstlich bestimmt, den alten Standpunkt zu verlassen? Unerklärlich sei der Standpunkt der Regierung nach Veröffentlichung der diplomatischen Aktenstücke. Wozu diese Eile, der Papst habe nur Worte, aber keine Thaten zugesagt. Dieser Haltung der Kurie gegenüber sei die Vorlage sehr bedenklich. Nur mit der größten Ausdauer sei Rom zu bekämpfen und diesen Standpunkt verlasse die Vorlage. Wenn man Gnade üben wolle, dann müsse doch mindestens die Zuversicht vorhanden sein, daß der Begnadigte nunmehr die Gesetze befolgen werde. (Sehr wahr!) Habe man diese Zuversicht? Nein, nur fromme Wünsche. (Sehr wahr!) Die Bischöfe mißachten den Rechtsspruch, der sie absetzt, und üben ihr Amt nach wie vor. Welche Bedeutung habe demnach der Rechtsspruch? Der Standpunkt der Bischöfe bleibt der alte, nur die Staatsregierung ändert den ihrigen. (Sehr wahr!) Glaubt die Regierung wirklich, daß sie diese Dinge heute so und morgen wieder anders behandeln dürfe? Das ist unmöglich. Redner erinnert an die Kämpfe unter König Friedrich Wilhelm III. und den Bischof Droste von Vischering, der auf seinen bischöflichen Stuhl nicht wieder zurückgekommen, während die jetzt zu Recht abgesetzten Bischöfe wieder in ihr Amt zurückberufen werden sollten. Redner bedauert, daß man die Gesetze jetzt so wenig hoch achtet, daß man die Souveränität des Gesetzes so wenig respektirt. Welchen Erfolg würde denn die Vorlage haben? Das Centrum würde dieselbe als einen Erfolg ausbeuten, als den ersten Schritt des Gegners, der seine Schuld einsieht. Die Geistlichkeit werde sagen: Seht Ihr den Erfolg dieses Kampfes? Harret nur aus und noch bessere Früchte werden uns in den Schooß fallen. Schon rühme man sich, den Fürsten Bismarck mürbe gemacht zu haben. Die Vorlage bleibe ein Fehler, selbst wenn sie abgelehnt werde. Die Vollmachten werden übrigens nicht für kurze Zeit verlangt, nicht blos so lange, als Fürst Bismarck an der Spitze stehe, sondern für unbekannte Männer und unbestimmte Zeit. Vergesse man doch nicht, daß der Reichskanzler noch vor wenigen Wochen an anderer Stelle gesagt, daß, wenn er zurücktrete, unserer eine klerikal-konservative Regierung harre. Eine Aenderung der Vorlage durch die Einstellung einer Frist sei kein annehmbares Auskunftsmittel, denn die Möglichkeit, nach Jahresfrist die alten Gesetze wieder aufzunehmen, sei in Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Auch halte er es des Staates nicht ganz würdig, seine Gesetze auf Zeit zu machen. Diejenigen, welche solche Anordnung beabsichtigen, ständen ebenso, wie die Vorlage selbst, unter dem unmittelbaren Eindruck der Gegenwart. Solche Kämpfe, wie die gegenwärtigen, kehrten regelmäßig wieder, und jedes Zurückweichen sei um so verhängnißvoller, je heftiger der vorhergegangene Kampf gewesen. Ein Nachgeben nach den heftigen Kämpfen des letzten Decenniums sei vollständig unmöglich, deshalb müsse er sich entschieden gegen die Vorlage erklären. (Beifall links; Zischen rechts und im Centrum.)

Abg v. Schorlemer-Alst beantragt wegen des im Saale herrschenden Dunstes die Sitzung auf eine Viertelstunde zu vertagen, was auch geschieht.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (für die Vorlage): Zur Bezeichnung des Standpunktes meiner Partei gegenüber der Vorlage glaube ich von einer akademischen Erörterung des Verhältnisses von Kirche und Staat absehen zu können. Die Regelung dieses Verhältnisses hat die Maigesetzgebung unternommen, die wegen formeller und materieller Fehler nicht gedeihlich wirken konnte. Ein solcher Fehler ist der gewesen, daß man den Kampf auf dem Boden der Gesetzgebung statt dem der Verwaltung führte. Die Folge davon ist die gewesen, daß der Kampf sich gleichzeitig auf die evangelische Kirche ausdehnte, deren Schirmherr nicht ein ausländischer Fürst, sondern der eigene Landesherr ist, daß dadurch das öffentliche Rechtsbewußtsein verwirrt wurde und das Volk glaubt, es handele sich nicht um einen Kampf zwischen Staat und Kirche, sondern um einen Kampf gegen alle Christen. Die Regierung hat den Fehler erkannt und will jetzt das richtige Mittel dazu ergreifen. Die Regierung muß dieselben Machtmittel haben wie der Papst; dieser aber ist, wie der Herr Kultusminister ausgeführt hat, absolut Darum wollen wir der Regierung die verlangte Vollmacht geben, wenn auch nur als ein Provisorium; denn ein Definitivum daraus zu machen, verbieten gewisse wichtige Bedenken. Dies sind die kirchenpolitischen Erwägungen. Aus allgemein politischem Gesichtspunkte betrachtet eröffnet die Vorlage eine weitere Perspektive. Ich gehe nicht auf den Kulturkampf in Frankreich ein, sondern beschränke mich darauf, auf die innere Politik hinzuweisen. Unsere ganze innere Gesetzgebung leidet seit Jahren unter dem Einflusse des Kulturkampfes, und zwar sind Sie, m. H. vom Centrum, daran schuld, die Sie Alles von diesem Gesichtspunkte aus ansehen. Können Sie jetzt den Vorwurf auf sich nehmen, der Regierung durch Ablehnung der Vorlage die Möglichkeit einer Besserung des von Ihnen so oft geschilderten geistigen Nothstandes zu benehmen? Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß nach erfolgter Kommissions-Berathung eine ruhigere Erwägung aufkommen wird. Will die liberale Partei die Vorlage mit dem geflügelten Worte abfertigen: Nach Kanossa gehen wir nicht? Es ist mit den geflügelten Worten eine eigene Sache. Sie werden von einem geistreichen Manne aufgeworfen, mißverstanden und falsch angewendet. (Heiterkeit.) Wir Alle wissen doch, daß Heinrich IV. lediglich aus politischen Gründen nach Kanossa ging (Abg. Richter ruft: „Das ist aber hier dieselbe Sache!"), daß er unmittelbar darauf den Kampf gegen den Papst aufnahm, der im Exil starb. Glauben Sie, daß Fürst Bismarck etwas Anderes mit den Worten „nach Kanossa gehen wir nicht" sagen wollte als: Deutschland steht groß und mächtig da, die europäische Politik richtet sich nach Deutschland, es wird nie beim Papste um Beistand bitten. (Abg. Richter ruft: Na, na, na! — Heiterkeit.) So wolle man doch diesem Worte keine falsche Bedeutung unterschieben. Gehen Sie hinaus ins Volk, es wird Sie nicht verstehen. Es wird besser die landesväterliche Fürsorge der Staatsregierung verstehen, welche den dringenden Wunsch hat, die tiefen Schäden zu heilen. (Beifall rechts.) Ich resumire mich dahin: Kirchliche und politische Gründe von höchster Bedeutung fordern die Beendigung des Kulturkampfes. Der Weg, den die Vorlage einschlägt, ist der einzige, der dahin führen kann; deshalb werden wir der Vorlage und ihrem provisorischen Charakter zustimmen, schließen jedoch etwaige Amendements nicht aus. So wünschen wir eine Modifikation des Artikels 4, damit die Person des Königs weniger in den Vordergrund tritt. Annehmen aber müssen wir den vorgeschlagenen Weg, um endlich aus dem Wirrsale herauszukommen, das sich auf kirchlichem Gebiete in Deutschland zeigt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Für die Vorlage hätte nichts Besseres angeführt werden können, als es Herr Falk gethan. Schon die Thatsache, daß derselbe Mann, welcher früher erklärte, er sei zurückgetreten, um dem Frieden nicht hinderlich zu sein, heute dieses Wort bereits vergessen, und unter dem Beifall der Herren Richter und Lauenstein (Heiterkeit), unter dem vollen Beifall eines großen Theiles der linken Seite des Hauses also gesprochen habe, das müsse zu Bedenken auffordern für alle diejenigen, welche an sich der Vorlage aus anderen Gründen feindlich gegenüberstehen. Den Herren Konservativen möchte er bemerken, daß sie das Wesen des Kampfes nicht richtig aufgefaßt, wenn sie glaubten, daß der Kampf sich nur gegen das Papstthum richte. Nein, m. H., es ist nicht ein Kampf gegen das Papstthum, sondern ein Kampf gegen den Glauben. (Widerspruch.) Wenn Sie das noch nicht in den letzten 10 Jahren gelernt haben, dann verstehen Sie die Zeichen der Zeit nicht. Wenn es gelingt, diesen Kampf siegreich zu Ende zu führen, das volle Staatskirchenthum herzustellen, wenn es gelingt, die katholische Kirche unter den Staat zu beugen, dann wird es mit dem Kirchenwesen überhaupt vorbei sein, dann haben Sie statt einer Kirche eine Polizei. (Widerspruch.) Ich komme nun auf die Vorlage selbst. Das, was bis jetzt publizirt ist, ist absolut unverständlich und giebt ein richtiges Bild nicht. Ich hatte die Hoffnung, das Ende des Kulturkampfes noch zu erleben, jetzt habe ich diese Hoffnung nicht. Heute hoffe ich nicht mehr, daß mir noch in der [illegible] stunde der Trost zu Theil werden wird, das [illegible] des Kulturkampfes erlebt zu haben. Redner [illegible] an die Regierung die Bitte, dem Hause einen

ständigen Ueberblick über die gesammten Verhandlungen zu geben. Im Namen aller meiner Freunde habe ich nun eine Erklärung voranzuschicken. Die erste Erklärung geht dahin, daß wir in der gegenwärtigen Generaldebatte in keiner Weise unser definitives Votum abgeben. (Oho! links.) Dieses Oho habe ich erwartet, aber glauben Sie mir, für uns sind die Interessen, die hier in Frage stehen, von so eminenter Bedeutung, daß wir uns wohl hüien werden, irgend welchen Schritt in Uebereilung zu thun, und außerdem sind wir weder fortschrittlich, noch liberal und haben nicht eine so rasche Auffassung, um unser Urtheil schon jetzt abgeben zu können. (Heiterkeit.) Die zweite Erklärung ist die, daß, wenn wir in die Berathung dieser Vorlage eintreten und an der Abstimmung über die einzelnen Bestimmungen theilnehmen, wir dadurch in keiner Weise dem Rechte der Kirche Abbruch thun wollen. Wir stehen auf dem unzweifelhaft für uns gegebenen Standpunkt, daß das Verhältniß zwischen Kirche und Staat nur im Einvernehmen mit dem heiligen Stuhl geregelt werden kann. Ich bin der Ansicht, und das ist die dritte Erklärung, daß ein voller Frieden in Beziehung auf das Verhältniß zwischen Staat und Kirche in Preußen und in Deutschland nicht eher stattfinden wird, als bis der status quo ante voll und ganz hergestellt ist. Ich glaube nicht, daß dieses Ziel mit einem Schlage erreicht werden wird, aber wir haben gelernt und wir werden es unseren Nachkommen lehren, daß man recht viel Geduld haben muß, und daß man mit Geduld und Ausharren recht viel erreicht. Wir wünschen, daß wir uns mit unseren Kollegen vereinigen könnten, denn wir haben die Ueberzeugung, daß ohne den Frieden sowohl die christliche Kirche wie der Staat in ihren Fundamenten erschüttert werden müssen, und daß insbesondere den subversiven Tendenzen der Gegenwart mit Erfolg nicht entgegengetreten werden kann, wenn dieser Frieden nicht hergestellt ist. Es scheint in der That, als ob in der Staatsregierung zwei Seelen vorhanden sind. Die eine spricht aus dem Kultusministerium, die andere aus den Regionen des Herrn Minister-Präsidenten. Diese Methode erinnert an den Erlkönig: Freundlich liebkosend, verlockend und dann der Refrain: Und kommst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt! (Heiterkeit.) Redner weist entschieden den Gedanken zurück, daß der Papst jemals versuchen werde, auf das Centrum in politischen Fragen irgendwie einzuwirken; das Centrum sei überhaupt keine konfessionelle Partei; es stände nur auf dem Standpunkt der positiv christlichen Glaubenslehre. Werde die Vorlage angenommen, so bahne man eine großartige Korruption an. Wenn man unter einem Zustande lebe, wonach es in der Hand des Staates liegt, zu nehmen und zu geben, so liegt es tief in der menschlichen Natur, die Selbstständigkeit aufzugeben, um nur keinen Nachtheil zu haben. Und wenn man dieses System in seinem Kulminationspunkte sich vergegenwärtigen wolle, so dürfe man sich nur den Art. 8 ansehen. Man wolle einen Fonds ansammeln, um die Geistlichen zu korrumpiren. Er begreife nicht, wie es möglich ist, einen solchen Paragraphen in dieses Gesetz aufzunehmen. Eine Befriedigung habe er aus der heutigen Debatte entnommen. Nach der Rede des Herrn Falk werde es gute Zeit haben, daß Dr. Falk wieder Minister wird. Es sei das überhaupt die schwache Seite der Vorlage, daß es auf die Person ankommt, welche das Gesetz ausführt. Wenn das Gesetz zur Annahme gelangt, so werden sämmtliche Katholiken von der Politik ausgeschlossen. Wir haben keine Freude am Kampfe, wir leben auch nicht vom Kampfe, aber wenn er fortgeführt werden soll, so ist der Preis, um den wir kämpfen, ein so erhabener, daß wir auch den letzten Athemzug daransetzen werden. Das Pulver ist weder zu früh noch überhaupt verschossen, unsere Munition reicht vollkommen aus. Der Papst habe seine Friedensliebe bekundet, man könnte fast sagen, der Papst sei nach Canossa gegangen; nirgends werde der Friede mehr gewünscht, als in Rom, aber die Rechte der Kirche könne der Papst nicht aufgeben, sonst würde auf dem kirchlichen Boden Verwirrung entstehen. Redner schließt: So wie die Sache liegt, können wird auf dieselbe nicht eingehen; sollten die Modifikationen solche sein, daß sie annehmbar würden, dann würden wir uns freuen, wir fürchten leider, daß dies schwer sein wird. Aber wir wollen nicht eher zweifeln, als bis die Thatsachen vorliegen. Wir kämpfen nicht des Kampfes wegen, wir kämpfen des Friedens wegen, der uns Allen noth thut. (Beifall im Centrum.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 4¾ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 28. Mai. Im Jahre 1879 sind auf den deutschen Eisenbahnen außer 109 Tödtungen und 13 Verletzungen bei beabsichtigtem Selbstmorde im Ganzen 1733 Personen verunglückt und zwar 119 Passagiere (13 getödtet, 106 verletzt), 784 Beamte (137 getödtet und 647 verletzt), 571 Arbeiter (118 getödtet, 453 verletzt), 259 fremde Personen (143 getödtet, 116 verletzt). Von den Verletzten starben später noch 66, über 4 Wochen waren krank 306, über 3 Monate 80, über 6 Monate 22; bei 12 Personen ist dauernde Wiederherstellung nicht zu hoffen. 237 Personen sind noch krank und von 63 Personen ist über den Verlauf der Krankheit nichts bekannt. Von den 1464 Fällen, in denen Verletzungen und Tödtungen vorkamen, gelangten 902 zur gerichtlichen Kognition; von diesen wurde in 820 Fällen die Erhebung der Anklage abgelehnt, in 5 Fällen wurden durch Erkenntniß 2 Personen freigesprochen und 3 Personen zu insgesammt 22 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die übrigen 77 Fälle sind noch unerledigt.

— Wie die „Newyorker Handelszeitung" vom 14. d. mittheilt, meldet eine aus Panama in Washington eingetroffene Depesche, daß es einer Anzahl amerikanischer Kapitalisten gelungen ist, vom Präsidenten von Nicaragua die Konzession zum Bau eines Kanals über irgend einen hierzu am meisten geeignet scheinenden Theil der genannten Republik unter äußerst liberalen Bedingungen zu erwirken. Dieser Umstand ist insofern wichtig, als hierdurch das Projekt eines Isthmus-Kanals unter amerikanischer Kontrolle eine bestimmtere Gestalt angenommen und soll auch dem Vernehmen nach demnächst eine direkt gegen Lesseps Plan gerichtete Organisation ins Leben gerufen werden. In Frankreich soll die Nachricht, daß die Regierung von Nicaragua einer amerikanischen Gesellschaft eine Kanal-Konzession ertheilt hat, beträchtliche Sensation hervorgerufen haben.

Provinzielles.

Stettin, 29. Mai. Aus Colberg schreibt man dem „Berl. Tagebl.": Unsere Badedirektion, die während des Winters wacker gearbeitet hat, hielt dieser Tage im Strandschloß eine Sitzung ab, um noch einmal vor Beginn der Saison zu überschauen, was mit bereiter Hülfe der städtischen Behörden zur Förderung des Bades Alles neu geschaffen worden, oder wenigstens der Vollendung entgegengeht. Man fand vor Allem, daß der erweiterte Strandschloßperron, an dessen Herstellung 80 Arbeiter seit Wochen gearbeitet haben, durch seine Großartigkeit die Erwartungen weit übertreffe. Eine nicht minder erfreuliche Perspektive gewährten die Veranden, die nunmehr das Strandschloß auf allen zugängigen Fronten umgeben werden, um bei Sturm und Regen es den Kurgästen zu ermöglichen, im Anblick der See und im ungehinderten Genusse der Luft im Freien zu verharren. Man konstatirte alsdann, daß der neue große Kanal vom Strandschloß nach der Persante vollendet, daß die Parkanlagen an der Plantage und die Promenaden in recht erfreulicher Weise nach der Richtung des Stadtwaldes weiter fortgeführt, und daß desgleichen die Verbesserungen am Damen-Seebade und in der Lesehalle ausgeführt seien. Nachdem noch über die Gewinnung eines kleineren Dampfers für regelmäßige tägliche Seefahrten längs der Küste und eines größeren für bedeutendere Exkursionen, sowie über die ziemlich zugesicherte Ausgabe von Saisonbillets auf Colberg mit sechswöchentlicher Gültigkeit referirt worden, wurde noch der Erweiterungsbau des Theaters von den betreffenden Mitgliedern der Direktion in Augenschein genommen. — Wenn man sich hierzu vergegenwärtigt, daß seit der letzten Saison auch wieder recht viel von Privaten in unserem Bade gebaut worden, daß ein Wiener Café entstanden, daß ein eigenes feines „Polen-Restaurant" den beiden polnischen Badeärzten hierher gefolgt ist, daß unter Anderem auch das Vereinssoolbad wieder Tausende an seine Ausstattung verwendet, dann muß man gestehen, daß das Plus von 500 Gästen, das wir im vorigen Jahre zählten, hier nach allen Seiten hin einen recht glücklichen Impuls gegeben hat.

— Der morgige Sonntag bietet für das schaulustige Publikum zwei ganz eigenartige Vergnügungen, ein „indisches Roastbeef-Fest" und „Schnelllaufproduktion", das erstere im Stadtpark, das letztere im Hirt'schen Garten auf der Pölitzerstraße. Das indische Roastbeef-Fest, welches von dem „Obermundkoch des Radja von Hydrabat in Hindostan, Mr. P. Mulert", veranstaltet wird, soll bereits am Vormittag dadurch seinen Anfang nehmen, daß dem Publikum ein großer Mastochse präsentirt wird, der am Mittag geschlachtet und bis zum Abend nach „indischer Art" vor den Augen des Publikums an einem großen Spieß gebraten werden soll. Hat das Publikum während dieser langen Produktion Appetit bekommen, so kann es denselben sofort an dem „frischen, wohlschmeckenden Roastbeef", von dem Probe-Portionen im Garten verkauft werden, stillen. Man sieht, es wird Alles aufgeboten, dem Publikum Abwechselung und — Appetit zu verschaffen. — Die Schnelllauf-Produktionen im Hirt'schen Garten werden von dem „berühmten Hinderniß-Schnellläufer Schlagenhauf aus Berlin" ausgeführt, der auch bei eintretender Dunkelheit einen „indischen Feuerlauf", eine uns unbekannte Trabtour, ausführen will und demjenigen Pferde 100 Mark Prämie verspricht, das mit ihm in gleichem Trabe aushält. Das Publikum kann sich also morgen durch den Besuch zweier Lokale in Grünhof nach „Indien" versetzt fühlen, wenn Jupiter pluvius nicht einen Strich durch die Rechnung macht.

— Von dem Trockenboden des Hauses grüne Schanze 15 wurden gestern, nachdem das Vorhängeschloß erbrochen worden, verschiedene Kleidungs- und Wäschestücke im Werthe von ca. 20 Mk. gestohlen, ohne daß es gelang, die Diebe zu ermitteln.

— Wir theilten vor einigen Tagen mit, daß der Firma Elkan & Co. in der Nacht vom 23. zum 24. oder 22. zum 23. d. Mts. 8 Zentner Pfeffer im Werthe von 500 Mk. gestohlen seien. Die Bestohlenen müssen sich bei der Anzeige des Diebstahls in der Zeitangabe geirrt haben, denn der gestohlene Pfeffer war bereits am 20. d. M., wie durch die Schutzleute Westphal und Reppin ermittelt ist, in Händen des Kaufmanns Friedrich Ludwig Blocksdorf, Warsowerstr. 4. Letzterer giebt an, den Pfeffer von dem „großen Unbekannten" gekauft zu haben und hat denselben bereits an andere Firmen weiter verkauft; 5½ Centner sind bereits in anderen Geschäften aufgefunden, während 2½ Centner noch nicht ermittelt sind. Durch die angestellten Recherchen ist Blocksdorf nicht nur der Hehlerei, sondern auch der Theilnahme an dem Diebstahl dringend verdächtig, da ermittelt ist, daß er sich mehrere Nächte außerhalb seiner Behausung aufgehalten hat und ist deshalb am 26. d. Mts. seine Verhaftung erfolgt.

— Wie wir erfahren, ist der „Stein" glücklicher Weise noch so wieder von Darßerort abgekommen, daß eine Beschädigung des Schiffes nicht stattgefunden hat. Das Schiff ist nur in's Dock gegangen, um vor der Abnahme seitens der Marine in allem besichtigt und geprüft werden zu können.

— (Bellevue-Theater.) Diese unermüdliche Bühne bringt heute neu einstudirt und mit neuer Ausstattung Lecocq's beste Operette „Mamsell Angot, die Tochter der Halle", worauf besonders hinzuweisen wir nicht unterlassen wollen, mit dem Bemerken, daß die Hauptrollen sich in den Händen der Damen Konrad und Hluchau, sowie des Herrn Kemlitz befinden.

Stargard, 28. Mai. Der heutige Fettviehmarkt war, wie in der Regel, auch diesmal mit Pferden betrieben, natürlich in geringerer Auswahl, wie an den Viehmärkten. Dänische Händler nahmen heute und gestern auf dem Lande aufgekaufte Pferde ab, traten auch kaufend in den Markt, ebenso Händler aus dem Großherzogthum Posen. Preise wie auf den letzten Märkten. — Rindvieh war dagegen stärker aufgetrieben und erzielte gute Mittelpreise; unter Bullen lebhafterer Handel, weil für Berlin gesucht; dagegen war der Antrieb von Ochsen schwach. Hiesige Besitzer sah man nur sehr vereinzelt handeln.

Vermischtes.

— Die diesjährige Lotterie von Baden-Baden hat eine sehr umfassende Umgestaltung erfahren, durch welche der Werth derselben in erheblichster Weise gesteigert ist. Die dem Publikum in Folge derselben zugewendeten Vortheile lassen sich kurz dahin zusammenfassen: 1) Es sind folgende Gewinne in dieser Lotterie neu hinzugefügt worden: einer von 5000, drei von je 3000, drei von je 2000, fünf von je 1000, zweiundzwanzig von je 600, zweiundfünfzig von je 300, fünfundzwanzig von je 200, fünfunddreißig von je 100, vierhundertfünfundfünfzig von je 50, zweihundertsechzig von je 30 Mark, dagegen sind die kleineren Gewinne im Werthe von 10 Mark ausgefallen. 2) der durchschnittliche Werth der kleinsten Gewinne beziffert sich jetzt auf 20 Mark, mithin auf die doppelte Höhe des ganzen Loospreises und auf den zehnfachen Werth der Einlage zur ersten Ziehung. 3) Den Gewinnern werden sämmtliche Gewinne unter 100 Mark in ganz Deutschland frankirt zugesendet und für deren Verpackung Nichts in Anrechnung gebracht. 4) Die Gewinne werden vornehmlich aus praktischen und vollwerthigen Gegenständen bestehen. Die kleineren Luxusartikel kommen fast gänzlich in Wegfall. Der Ankauf geschieht unter staatlich bestellter sachverständiger Aufsicht. Durch denselben werden der Industrie ganz beträchtliche Summen zugeführt, welche umsomehr in's Gewicht fallen, als naturgemäß baare Zahlung erfolgt. Die Ziehung der ersten Klasse findet am 7. Juni statt. Mit der Loosausgabe ist in diesen Tagen begonnen worden, und schon zeigt sich eine so allseitige Nachfrage nach Loosen, daß voraussichtlich sehr bald dieselben gänzlich vergriffen sein werden. Durch die Errichtung von Haupt-Kollektionen an fast allen Orten Deutschlands ist die Gelegenheit zur Theilnahme an dieser Verloosung sehr erleichtert. Es gelangen sehr bedeutende Gewinne zur Verloosung, u. A. ein Gewinn im Werthe von 60,000 Mark, einer von 30,000, einer von 15,000, einer von 12,000, drei von je 10,000, fünf von je 5000, einer von 4000, neun von je 3000, neun von je 2000, zwanzig von je 1000, zweiundzwanzig von je 600, zweiunddreißig von je 500 Mark ꝛc. Der Preis eines Looses beträgt 10 Mark, welcher sich auf die 5 Ziehungen mit je 2 Mark vertheilt.

— Der Fürst Gortschakoff scheint sich einer gottgesegneten Natur zu erfreuen. Man weiß, daß er sich auf dem Sterbelager befand, daß die Aerzte ihn aufgegeben hatten, daß der Czar gerührten Abschied von ihm zu nehmen gekommen war, daß man in aller Welt die Ueberzeugung hegte, daß es nur eine Frage von Tagen sein konnte, wann der Kanzler des russischen Reiches mit dem Tode abgehen würde. Jetzt aber hat sich der greise Gortschakoff wieder von seinem Krankenlager, von dem man überzeugt war, es würde sein Sterbebett werden, erhoben und er hegt schon wieder Reisepläne, er will bereits wieder die strapaziöse Fahrt von Petersburg nach Baden-Baden machen. Man weiß, wie im vorigen Jahre der zweiundachtzigjährige Reichskanzler sich noch gewisse kleine Scherze in Baden-Baden erlaubte, für die man sonst weder jenseits, noch auch in der Nähe der achtziger Jahre mehr Interesse zu haben pflegt .... Herr Gortschakoff ist von jeher gewohnt gewesen, Europa zu dupiren. Man sieht, er thut dergleichen auch in seinen persönlichen Angelegenheiten. Er ist so sehr Diplomat, daß, wenn alle Welt überzeugt ist, er läge im Sterben, er sich plötzlich wieder ganz frisch und munter zeigt. Sogar seinen Krankheiten ist nicht einmal zu glauben. Welch' ein großer Diplomat! ...

Viehmarkt.

Berlin, 28. Mai. Es standen zum Verkauf: 329 Rinder, 1074 Schweine, 922 Kälber, 1459 Hammel.

Der heutige Markt verlief, was Rindvieh und Hammel anbetrifft, vollständig leblos, da nicht allein die plötzlich eingetretene große Hitze als auch der noch in Folge des jüngsten schlechten Fleischmarktes lebende Bestand neue Einkäufe nicht zuließ. Die wenigen verkauften Stücke untergeordneter Qualität wurden zu Montagspreisen abgegeben.

Schweine wurden zwar zur größeren Hälfte verkauft, indessen waren Handel und Preise sehr gedrückt. Schwere Landschweine 55—57, leichte 53 und Russen 49 bis 52 Mark pro 100 Pfund lebend Gewicht bei einer Tara von 20 Prozent.

Kälber wurden, wenn auch bei sehr langsamem Geschäft, geräumt und durchschnittlich mit 40 bis 50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 28. Mai. Meldung der „Politischen Korresp.":

Aus Belgrad von heute: Der Ausschuß der Skupschtina hat die Vorberathung der Eisenbahn-Konvention mit Oesterreich-Ungarn nahezu vollendet; die Regierung verfügt über die Zweidrittel-Majorität. Auf Ansuchen der serbischen Regierung hat der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, der Pforte energische Vorstellungen machen lassen, damit ein Anschluß der türkischen Bahn an die serbischen Bahnen bei Vranje erfolge.

Pest, 28. Mai. Der im Duell verwundete Graf Zichy ist gestorben.

Paris, 28. Mai. Nach einer aus Lima hier eingetroffenen Meldung haben die Peruaner Moquegua wieder genommen. Die Arequipa-Truppen sind auf einem Marsche südlich Callaos ohne Erfolg beschossen worden.

Paris, 28. Mai. Deputirtenkammer. Clemenceau tadelt die am Sonntag getroffenen Maßregeln gegenüber einer Kundgebung, die bereits so gut wie aufgegeben war. Derselbe wirft der Regierung vor, kein Vertrauen in die Freiheit zu setzen; die Bevölkerung sei verständiger als die Regierung, es sei Zeit, es in Frankreich endlich einmal mit der politischen Freiheit zu versuchen. Der Minister des Innern erwidert hierauf, die Regierung hätte eine Kundgebung nicht dulden können, deren Zweck es war, verbrecherische Thaten zu glorifiziren. Gerade weil die Regierung die öffentlichen Freiheiten wünsche, wolle sie dieselben sicher stellen gegen diejenigen, welche Verwirrung und Aufregung in die Gemüther und auf die Straße tragen. (Beifall.) Cassagnac fragt, weshalb man, wenn die Kundgebung strafbar war, nicht die Verhafteten vor den Richter stelle; die Regierung messe mit zweierlei Maß, sie sei streng gegen die Anhänger der Rechten und schone die der Linken. Clemenceau beantragt eine Tagesordnung, in der Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß die Regierung kein Vertrauen zu dem gesunden Sinne der Pariser Bevölkerung habe. Die Regierung verlangt dem gegenüber eine einfache Tagesordnung, welche alsdann mit 309 gegen 31 Stimmen angenommen wird.

London, 28. Mai. Unterhaus. Die Wahl des Ausschusses zur Berathung der die Eidesleistung Bradlaugh's betreffenden Frage gab zu einer lebhaften Debatte über die Zusammensetzung des Ausschusses Veranlassung. Der Antrag Wolff's auf Vertagung der Wahl wurde indeß mit 256 gegen 100 Stimmen abgelehnt und die Ernennung des Ausschusses hierauf vorgenommen.

Oberhaus. Lord Oranmore sprach sich gegen die Ernennung Lord Ripons zum Vicekönig von Indien aus, weil derselbe der katholischen Konfession angehöre. Lord Granville, Lord Northbrook und Lord Ettrick traten für die Ernennung Lord Ripon's ein, womit der Gegenstand wieder verlassen wurde.

London, 28. Mai. Sir Garnet Wolseley ist hier eingetroffen. An seiner Stelle ist Sir William Lanyon mit Generalvollmachten als Gouverneur des Transvaal-Gebiets eingesetzt worden.

Petersburg, 28. Mai. Morgen wird das Urtheil im Prozeß Weimar mit den Motiven publizirt. Dasselbe erklärt, Weimar habe augenscheinlich das Pferd und den Revolver zu nihilistischen Zwecken angekauft, doch ohne in dem Bewußtsein zu handeln, daß dieselben von den Mördern Mesenzeff's, sowie von Solowjew und Mirski benutzt werden würden. Als Milderungsgründe werden angeführt seine großen Verdienste vor dem Feinde und seine Opferwilligkeit im Kriege. Ein Kassationsgesuch wird gegen das Urtheil nicht eingereicht. Saburoff, Michailoff, Löwenthal, Trossezansky haben Gnadengesuche eingereicht, Weimar nicht, und zwar hat Letzterer auch seinen Verwandten verboten, um Begnadigung zu bitten. Man erwartet die Begnadigung Saburoff's und Michailoff's zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit und Weimar's zu dreijähriger Ansiedlung in Sibirien. Auch die Strafen der anderen Verurtheilten werden, wie man erwartet, vermindert werden.

Petersburg, 28. Mai. Der „Regierungsanzeiger" publizirt, daß die in dem Prozeß gegen Michailoff, Weimar und Genossen Verurtheilten begnadigt worden sind und zwar: Michailoff und Saburoff, die zum Tode verurtheilt waren, der erstere zu 20jähriger, der letztere zu 15jähriger Zwangsarbeit in den Bergwerken, Trostschanzky zu 10jähriger Zwangsarbeit in den Bergwerken, Weimar zu 10jähriger Zwangsarbeit in einer Festung, Maria Kolenkina zu 10jähriger, Berdnikoff zu 8jähriger, Löwenthal zu 6jähriger Fabrikzwangsarbeit, Olga Natanson zur Ansiedlung in einer entfernten, Olga Witanjeff zur Ansiedelung in einer weniger entfernten Gegend Sibiriens, Alexandra, Malinoffskaja zum Aufenthalt in dem Gouvernement Tobolsk, alle, die Malinowskaja ausgenommen, unter Verlust aller Rechte.

Das „Journal de St Petersburg nennt den 15. Juni als den Tag, an welchem die in Berlin abzuhaltende Konferenz zusammentreten werde.